

GU-Haftung ist sicher nicht die Lösung



Foto: Müller
Katharina Müller

Heiß diskutiert wird derzeit die geplante Regelung, dass der Generalunternehmer (GU) für Subunternehmer als Bürge gerade-zustehen hat, wenn diese ihre Beschäftigten nicht ordnungsgemäß bei der Sozialversicherung angemeldet haben. In Deutschland ist bereits seit mehr als vier Jahren eine vergleichbare Regelung in Kraft. Nach deutschem Recht entfällt die Haftung, wenn der GU nachweist, dass er ohne eigenes Verschulden davon ausgehen konnte, dass der Nachunternehmer oder ein von ihm beauftragter Verleiher seine Zahlungspflicht erfüllt (§ 25e Sozialgesetzbuch). Der GU kann sich daher „freibeweisen“. Weiters gilt diese Regelung erst ab einem geschätzten Gesamtwert aller für ein Bauwerk in Auftrag gegebenen Bauleistungen von 500.000 Euro. Eine Umgehung der Haftung, etwa durch die Einschaltung von Zwischenunternehmen, wurde ausgeschlossen. Die Bilanz nach vier Jahren GU-Haftung in Deutschland bestärkt allerdings die Kritiker der für Österreich geplanten Regelung: so wurden nach Berechnungen des deutschen Baugewerbes von den Betrieben rund 2,24 Millionen Unbedenklichkeitsbescheinigungen beantragt. Damit entstehen den Betrieben Bürokratiekosten von über 22 Millionen Euro. Bezieht man die den Krankenkassen entstehenden Kosten von rund 31 Millionen Euro mit ein, so entstehen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt Bürokratiekosten von mind. 53 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden aber von den Krankenkassen in lediglich sechs Fällen rechtskräftig Bußgeldbescheide erlassen. Die Praxis zeigt also, dass die GU-Haftung in der Regel nicht greift. Tritt die Regelung in Österreich dennoch in Kraft, empfiehlt sich daher ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um den Freibeweis führen zu können: etwa die Beibringung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialversicherungsträger, einer Freistellungsbestätigung des Finanzamts sowie sonstiger Referenzen durch den Subunternehmer. Weiters sollte der GU vertraglich konkrete Kontrollmöglichkeiten schaffen, etwa die Benennung der Mitarbeiter durch den Subunternehmer fordern, Personal- und Sozialversicherungsausweise stichprobenartig kontrollieren, die Vorlage von Zahlungsnachweisen verlangen und persönliche Haftungsübernahmen der Geschäftsführung des Subunternehmers sowie Sicherheiten einholen. Es bleibt jedenfalls zu befürchten, dass sich eine ähnliche, unsinnige Situation wie in Deutschland ergibt.

DDR. Katharina Müller
Willheim Müller Rechtsanwälte



Überzeugende Leistung: Karl Aigner, Geschäftsführer von Pipelife (Mitte), und die Sieger des Maturantenwettbewerbs „Ingenieurprojekt 2007“.

Ausgezeichneter Nachwuchs

Im Rahmen eines Festakts wurden die diesjährigen Preisträger des vom Kunststoffrohrhersteller Pipelife ausgelobten Maturantenwettbewerbs „Ingenieurprojekt 2007“ präsentiert. Der erste Platz ging an Jana Nekola, Christian Reiter und Caroline Saller von der HTL Mödling für das Gesamtkonzept der Anlagen- und Gebäudetechnik einer KFZ-Schnellwerkstätte. Insbesondere die Wirtschaftlichkeit alternativer Heizungssysteme und die damit erzielbaren Einsparungspotenziale konnten im Rahmen dieses Projekts auf eindrucksvolle Weise aufgezeigt werden. Der zweite Platz ging an Karl

Bauer und Markus Königsberger von der Abteilung Tiefbau der HTL Krems für die projektierte Verbreiterung der Bundesstraße B3 inklusive Fahrbahnteiler und Busbucht. Katharina Lebedzinski und Sandra Rosskopf von der HTL Mödling wurden für ihr Forschungsprojekt zum Thema Auswirkungen von Retentionsmaßnahmen sowie Sanierungs- und Ausbaukonzepte in der Wildbachverbauung mit dem dritten Platz ausgezeichnet. Karl Aigner, Geschäftsführer von Pipelife, würdigte im Rahmen der Preisverleihung die bemerkenswert hohe Qualität aller eingereichten Diplomarbeiten.

Arbeitsschutz im Bild

Ein Blick in die Unfallsstatistik der Auva macht deutlich: Die Bauwirtschaft zählt zu jenen Branchen mit dem höchsten Unfallrisiko. Um einen vereinfachten Zugang zu den Inhalten und Vorschriften des Arbeitnehmerschutzgesetzes zu schaffen, hat das Wifi Unternehmensservice der Wirtschaftskammer in Kooperation mit der Bundesinnung Bau eine DVD zum Thema Arbeitsschutz produziert. Die Aufgaben des

Planungs- und Baustellenkoordinators, der Sige-Plan, die persönliche Schutzausrüstung sowie die zentralen Aspekte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes werden verständlich vermittelt und anhand von Beispielen aus der Praxis verdeutlicht. Die Arbeitsschutz-DVD „Am Bau“ kann beim Mitgliederservice der Wirtschaftskammer unter T +43(0)5 90 900-5050 oder mservice@wko.at bezogen werden.

bau.ticker

- **Personalrochade:** Nach dem Bekanntwerden der geplanten Neustrukturierung des Asfinag-Vorstands stehen nun umfangreiche personelle Änderungen bei den ÖBB bevor. In den nächsten Wochen sollen bis zu sechs neue Vorstandsposten ausgeschrieben werden. Der ÖBB-Holding-Vorstand wird voraussichtlich um zwei Vorstände erweitert. Martin Huber, ÖBB-Holding-Vorstandssprecher, bleibt bis auf Weiteres im Amt. Zusätzlich Vorstände werden in der Güter- und Personenverkehrsgesellschaft geschaffen.
- **Ambitionierte Ziele:** Durch die Vermarktung der Maut-Systeme im Ausland, das Forcieren

von Private-Public-Partnership-Projekten und jährliche Einsparungen in der Höhe von bis zu 176 Millionen Euro beabsichtigt die Asfinag bis spätestens 2040 ihre Verbindlichkeiten von derzeit 10,5 Milliarden Euro zu tilgen. Das größte Einsparungspotenzial ortet der Asfinag-Aufsichtsrat im Bereich Infrastrukturbau mit 120 Millionen Euro jährlich. Weitere 56 Millionen Euro sollen in den Bereichen Erhaltung und Betrieb eingespart werden.

- **Kostensteigerung:** Die heimische Transportwirtschaft befürchtet Kostensteigerungen in der Höhe von bis zu zehn Prozent aufgrund verschärfter arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen. Durch die Verringerung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von

Lkw-Fahrern auf 48 Stunden und die Verkürzung der maximalen wöchentlichen Lenkzeit auf 56 Stunden entstehen den Speditionsunternehmen erhebliche Mehrkosten, die zum Teil an die Auftraggeber weitergegeben werden.

- **Bauoffensive:** Angesichts des Bedarfs an 6.000 neuen Wohneinheiten jährlich wird die Wohnbaugesellschaft Neue Heimat Tirol in diesem Jahr rund 90 Millionen Euro in die Errichtung von 557 neuen Wohnungen investieren. Im abgelauften Geschäftsjahr 2006 hat die Neue Heimat Tirol knapp 68 Millionen Euro für Neubauaktivitäten und rund 17 Millionen Euro für die Instandsetzung aufgewendet. 123 Mietwohnungen konnten 2006 von der Neuen Heimat Tirol übergeben werden.